

ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 27. Juni 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsanpassung

Wenn der Vertreter des Rechnungshofes hier vor einigen Wochen in seinem Bericht zur ersten Anpassung des laufenden Haushaltes gesagt hat, das es sich bei der ersten Haushaltsanpassung vor allem um eine technische Angelegenheit aufgrund neuer Parameter handele, dann hat er im Grunde damit schon gesagt, dass diese Anpassung eigentlich eine Routine-Angelegenheit ist und deshalb eigentlich gar nicht spektakulär.

Stimmt.

Dennoch lohnt sich der kommentierende Blick auf diesen Anpassungshaushalt. Erstens weil er erneut bestätigt, dass die Finanzplanung dieser Mehrheit verlässlich ist. Die finanzpolitische Strategie unserer Koalition, die der Ministerpräsident zu Beginn dieser Legislaturperiode vorgestellt hat, wird erneut bestätigt. Sie trägt Früchte. Im Gegensatz zu vielen anderen im Land, die ihre Haushaltsziele abgeändert haben, weicht unsere Regierung nicht von ihrem Ziel ab, den Haushalt unserer Gemeinschaft schon ab 2018 ins Gleichgewicht zu bringen. Zweitens weil auch die inhaltlichen Weichenstellungen, die wir zu Beginn dieser Legislaturperiode gestellt haben, Bestand haben. Die Mittel für Bildung und Soziales werden erneut erhöht. Und das ist gut so.

Mein Vorredner aus der Opposition hat soeben eine Reihe von Dingen aufgezählt, die in seinen Augen zur Kritik an der Regierungspolitik berechtigen. Das ist normal und legitim.

Vieles, was in unseren Augen aber sehr bedeutsam ist, wird von der Opposition einfach nicht erwähnt oder als ganz normal hingestellt, so als sei es vom Himmel gefallen und nicht etwa das Ergebnis bewussten, zielorientierten Handelns. Meine Rolle und die meiner Mehrheitskollegen ist also, genau auf diese Dinge hinzuweisen.

Da wäre als erstes hervorzuheben, dass sich die strenge Haushaltsdisziplin seit Beginn der Legislaturperiode wieder einmal deutlich bewährt hat. Wenn das Haushaltsergebnis von 2016 um fast sieben Millionen besser ausfällt als vorgesehen, so ist das ein Beweis dafür, dass Haushaltspfad und Haushaltsdisziplin gut durchdacht waren - und sind - und dass selbst große Unwägbarkeiten wie die nachträgliche Umklassierung des ersten PPP-Schulbauprojektes die Regierung nicht aus dem Konzept bringen.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass 7,5 Millionen Euro, die das Parlament der Regierung für laufende Ausgaben zugestanden hatte, stattdessen am Ende kurzfristig ganz für Investitionen in die Infrastruktur verwendet werden konnten.

Jeder Euro, der jetzt noch in zukunftssträchtige Einrichtungen investiert werden kann und deshalb der Verpflichtung zur „schwarzen Null“ im gesamten Konsolidierungsparameter der DG heute noch nicht unterliegt, ist gut angelegtes Geld, auch wenn deswegen der diesjährige Haushalt wie die beiden vorherigen noch ein Defizit aufweist.

Es zeugt von Mut und Unternehmergeist, in unsicheren Zeiten wie denen der letzten Jahre eine solch offensive Investitionspolitik zu betreiben, Schuldentilgungen vorzuziehen, Vorschüsse auf Zuschüsse zu zahlen und Wartelisten für Projekte gezielt abzubauen.

Wenn 2016 insgesamt fast 68 Millionen Euro in Infrastruktur investiert wurden, das Haushaltsdefizit gleichzeitig aber nur etwa die Hälfte dieser Summe beträgt, dann heißt das im Umkehrschluss, dass bei den laufenden Ausgaben ein Überschuss in Millionenhöhe erzielt wurde. Wir finden, dass dies im Vorfeld der am Horizont herannahenden Austeritätspolitik à la Schäuble der richtige Weg ist.

Grund genug also, dies auch 2017 so zu handhaben: Obschon der Ursprungshaushalt schon fast sechseinhalb Millionen Euro Mehrausgaben für Bildung und Soziales vorsah als 2016, sieht die Regierung jetzt noch einmal eine weitere Erhöhung des Bildungshaushaltes um eine Million und eine Erhöhung des Sozialhaushaltes um mehr als 2 Millionen Euro vor. Davon geht zwar angesichts der zu erwartenden Indexanpassungen ein Großteil in steigende Gehälter. Gleichzeitig kommt aber ein beachtlicher Teil dieser Aufstockung der Verbesserung von Dienstleistungen und der Schaffung neuer Initiativen zugute, wie z.B. Bei der häuslichen Hilfe, der Seniorenbetreuung, der Vorbeugung von gewaltsamer Radikalisierung, der Aufwertung des nichtkommerziellen Sektors oder der Umsetzung des heute zu verabschiedenden Dekrets für neuankommende Schüler, um nur einige der vielen Projekte zu nennen.

Auch für die Infrastruktur werden noch einmal fast acht Millionen zusätzlich an Zuschüssen vorgesehen, wodurch vor allem die Gemeinden, aber auch Schulen, Kirchen, Begegnungszentren, Sportvereine, Beschützende Werkstätten oder andere Vereinigungen ihre Dienstleistungen am Bürger weiter verbessern können.

Jetzt noch Defizite in Kauf nehmen, um 2018 und danach ausgeglichene Haushalte zu erzielen, das ist der mutige finanzpolitische Kurs dieser Regierung, den wir als ProDG-Fraktion mit tragen, vor allem, weil er umsichtig angegangen wird.

Mit „umsichtig“ meinen wir die vorsichtige Einschätzung der Prognosen des föderalen Planbüros. Umsichtig ist auch die Wachsamkeit des Finanzdienstes in Bezug auf die Zinsentwicklungen und die bisher dadurch initiierten Umschuldungen. Auch das Einplanen eventueller Überschüsse von 2018 und

2019 als Reserven bezeichnen wir als umsichtig, weil nämlich die Erfahrung zeigt, dass das ICN mit seinen buchhalterischen Interpretationen sehr sprunghaft ist, wie die rückwirkende Umklassierung des PPP-Schulbau-Projektes gezeigt hat. Da solche Unwägbarkeiten auch bei der Bewertung der vorzeitig erfolgten Zahlungen für das PPP möglich sind, halten wir die Vorgehensweise der Regierung auch hier für umsichtig.

In diesem Zusammenhang ist auch die Absicht zu begrüßen, den Gemeinden bei der Anpassung ihrer Haushalte an die künftigen Normen, mit Investitionen, Schulungen und Begleitung bei der SAP Buchhaltung massiv unter die Arme zu greifen.

Reserven erweisen sich außerdem als sehr nützlich, wenn man auf kurzfristig eintretende Veränderungen schnell und angemessen reagieren will. Nehmen wir das Beispiel der künftigen Kinderkrippe Hergenrath. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung haben sich in den letzten Jahren rasante Veränderungen der Bedürfnisse ergeben.

Auch wenn hierzulande die Betreuungsquote im Vergleich zum Landesinnern und zum benachbarten Ausland hoch ist - mehr als 40 Prozent - wächst der Bedarf exponentiell.

Der Ausbau der Kinderbetreuung liegt der ProDG-Fraktion sehr am Herzen. Daher unterstützen wir voll und ganz die Absicht der Regierung, jedem Kind mittelfristig eine angemessene Betreuung zur Verfügung zu stellen und begrüßen ausdrücklich, dass jetzt noch eine weitere Infrastruktur-Reserve von drei Millionen in den Haushalt eingetragen worden ist, damit kurzfristig auf schnell wachsenden Bedarf eingegangen werden kann. Das schafft Handlungsspielraum.

Man mag bedauern, dass in der Simulation für 2017 und 2018 keine neuen Handlungsspielräume mehr explizit angeführt werden, in Wirklichkeit ist es aber so, dass die dafür vorgesehenen Mittel inzwischen schon fest eingeplant sind und dass alle Vorhaben des REK 2 schon in der Umsetzung begriffen sind.

Ich möchte abschließend festhalten, dass die ProDG-Fraktion die konsequente und mutige finanzpolitische Strategie der Regierung weiter unterstützt, was voraussichtlich zum ausgeglichenen Haushalt für 2018 und danach führen wird, und dies bei gleichzeitiger Aufstockung der Haushalte für Bildung, Soziales und Beschäftigung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte den Herrn Präsidenten, nun meiner Fraktionskollegin Lydia Klinkenberg das Wort zu erteilen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alfons Velz

ProDG-Fraktion